

Karl Vocelka

Geschichte Österreichs

Kultur – Gesellschaft – Politik

UB INNSBRUCK



+C142198603

Umwelthinweis:
Dieses Buch wurde auf chlor-
und säurefreiem Papier gedruckt.



3. Auflage

Taschenbucherstausgabe 09/2002
Copyright © 2000 Verlag Styria, Graz, Wien, Köln
<http://www.heyne.de>
Printed in Germany 2004
Umschlaggestaltung: Hauptmann und Kampa
Werbeagentur, CH-Zug
Druck und Verarbeitung: RMO-Druck, München

INHALT

Vorwort	7
Was heißt Österreich? – Zur Frage der österreichischen Identität	9
Der Anteil Österreichs an den urgeschichtlichen Kulturen	18
Kelten und Römer	26
Völkerwanderung und Besiedlung	36
Die Christianisierung Österreichs	41
Landeswerdung unter den Babenbergern	46
Lebenswelten des Mittelalters	57
Die Habsburger des späten Mittelalters	64
Die feudale Gesellschaft und ihre Krisen	72
Die Rolle der Frau in der feudalen Gesellschaft	84
Die Juden in der feudalen Gesellschaft	90
Aufstieg der Habsburger zur „Großmacht“	95
Länderteilung und Bruderzwist	100
Reformation und Gegenreformation	107
Auseinandersetzung mit den Osmanen („Türkengefahr“)	119
Lebenswelten der Frühen Neuzeit	127
Barocker Absolutismus und höfische Gesellschaft	140
Merkantilismus und Protoindustrialisierung	150
Das Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus	154
Österreich und Napoleon	167
Der Wiener Kongress	174
Kultur zwischen Aufklärung und Biedermeier	179
Die Industrialisierung und ihre Folgen	188
Der Vormärz	194
Die Revolution 1848	198
Der Neoabsolutismus	206
Liberales Zwischenspiel	216
Lebenswelten des 19. Jahrhunderts	221
Die Rolle der Frau in der industriellen Gesellschaft	227
Nationalitätenkampf	233
Die Bildung politischer Parteien	240
Der Abstieg einer Großmacht	247

Das Verbot, politische Versammlungen zu besuchen, und die Tatsache, dass Frauen nicht wahlberechtigt waren (sieht man von dem Kuriosum ab, dass Großgrundbesitzerinnen das Wahlrecht hatten; ein Privileg, das ihnen allerdings mit dem allgemeinen, gleichen Männerwahlrecht entzogen wurde), erschwerten die Erreichung ihrer Ziele. Ebenso wie in anderen Ländern – am bekanntesten die namengebende Suffragettenbewegung in England – bildete sich in Österreich eine Frauenstimmrechts-Bewegung aus, die von Seiten des Staates auffällig behindert wurde.

Die Gründung eines Vereins mit dem Ziel, das Frauenstimmrecht durchzusetzen, wurde verboten, so dass sich nur in einzelnen Städten entsprechende Komitees bilden konnten. Erst mit dem Ende der alten Staatsform wurden diese Fragen im Sinne der Frauen gelöst, die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen sollte erst der Republik vorbehalten sein.

Nationalitätenkampf

Das beherrschende Problem der späten Regierungszeit Franz Josephs war zweifellos der Nationalitätenkonflikt, dessen Bewertung sowohl bei den Zeitgenossen als auch in der wissenschaftlichen Fachliteratur starken Schwankungen unterliegt. Zwischen einer fast paradiesisch anmutenden „österreichischen Internationale“ und der Vorstellung vom „Völkerkerker“ bewegen sich die Beurteilungen der Situation. Wichtig für jede Analyse der Nationalitätenfrage im Zeitalter Franz Josephs ist die Tatsache, dass unter Nationalität oder Nation nicht der im Westen Europas verbreitete sogenannte „subjektive“, sondern der „objektive“ Nationenbegriff gemeint ist. Während in Westeuropa vom einzelnen Subjekt ausgehend die Nation durch das Bekenntnis zu einer Nation und oft damit verbunden zu einem Staat definiert wird, wie zum Beispiel in den USA, ist bei den Nationalitätenspannungen in der Habsburgermonarchie stets von „objektiven Faktoren“ wie Sprache, Kultur, oft auch Territorium, Religion und – für das 19. Jahrhundert besonders wichtig – Rasse auszugehen. Die Gesamtstaatsidee der Habsburgermonarchie konnte sich daher letztlich auch nicht gegen die damals modernen Nationalideen durchsetzen. Nur die Dynastie selbst – wenn auch mit stark „deutscher Note“ –, die Armee und die Bürokratie fühlten sich der Gesamtstaatsidee weitgehend verbunden, wobei die Loyalität zum Kaiserhaus eine ganz entscheidende Rolle spielte. Auch die Sozialdemokratie erlitt mit der ihr eigenen Interpretation des Nationalitätenkonflikts Schiffbruch, dennoch war der Versuch, das Problem auf eine andere Ebene zu verschieben, bemerkenswert. Die Auffassung der Sozialdemokraten, dass der Nationalitätenkampf nichts anderes als ein transformierter Klassenkampf sei, muss als Grundlage der Bemühungen um Internationalität gesehen werden. Nach der Interpretation der Sozialdemokraten unterdrücken die starken, das heißt sozial entwickelten Nationen, die einen eigenen Adel bzw. eine eigene Bourgeoisie haben, ihre sozial weniger entwickelten Nachbarn. Sozialer Aufstieg ist unter diesen Voraussetzungen mit Denationalisierung verbunden.

Schon im Vormärz entwickelte sich ein „moderner“ Nationalismus in der Habsburgermonarchie. Die Unterdrückung aller nationalen Strömungen im Absolutismus ließ sich schließlich nach 1866 nicht mehr voll aufrechterhalten. Man musste die Basis der Herrschaft, die bisher nur die Deutschen berücksichtigte, erweitern. Ab 1867 gab es in diesem Sinne durch den Ausgleich zwei dominierende Nationa-

litäten, die Deutschen und die Ungarn. Die Dominanz der Deutschen in der westlichen Reichshälfte wurde von den Liberalen vehement vertreten und über das Wahlrecht gesteuert.

Die Ungarn, die auf alte Rechte der ungarischen Adelsnation pochen konnten, setzten sich 1867 staatsrechtlich durch. Im Ausgleich wurden ihnen erhebliche Rechte zugestanden, die die Magyaren allerdings ebensowenig wie die Deutschen in der anderen Reichshälfte willens waren, mit den anderen Nationalitäten zu teilen. So kam es in der ungarischen Reichshälfte zu einer ziemlich radikalen Nationalitätenpolitik und zu einer vehementen Magyarisierungswelle. Die Ungarn bildeten auch im Gesamtstaat ein Haupthindernis für alle Versuche, noch andere Nationalitäten – vor allem die Tschechen – in die Verfassung einzubinden, da sie eifersüchtig über ihre Privilegien wachten.

Der intensivste Kampf um die nationalen Rechte herrschte in Böhmen. Durch den Ausgleich 1867 wurden die Tschechen schwer enttäuscht, da ihrer Meinung nach das böhmische Staatsrecht, das verschiedene mittelalterliche und frühneuzeitliche Landesordnungen zusammenfasste, den ungarischen Privilegien, die im Ausgleich des Jahres 1867 kaiserliche Anerkennung gefunden hatten, ebenbürtig war. Daher betrachteten die Tschechen auch die Dezemberverfassung, die den ungarischen Ausgleich anerkannte, als ungültig, weil die Zustimmung Böhmens fehlte. Die Tschechen verlegten sich nun in den nächsten Jahren auf die sogenannte „Abstinenzpolitik“, das heißt, die gewählten tschechischen Abgeordneten verweigerten jede Teilnahme an der Politik. Die Abgeordneten kamen nur in den Reichsrat nach Wien, um dort gegen die Unrechtssituation zu protestieren.

Zunehmend orientierten sich die Tschechen nun am Panslawismus und damit an Russland, was ihnen von den Deutschen als Verrat ausgelegt wurde. Die Forderung der Tschechen bestand darin, das böhmische Staatsrecht zu akzeptieren und die Einheit der böhmischen Länder zu garantieren. Als Folge eines solchen „Ausgleichs“ sollte sich Franz Joseph in Prag zum böhmischen König krönen lassen.

Die Liberalen in ihrer deutsch-zentralistischen Engstirnigkeit bildeten ebenso ein Hindernis dieser Ausgleichspolitik in Böhmen wie die Ungarn, die streng darüber wachten, dass niemand sonst in der Monarchie vergleichbare Privilegien erhielt. Der bedeutende nationaltschechische Historiker und Politiker František Palacký, der noch 1848 den oft zitierten Ausspruch von sich gab: „Wenn es Österreich nicht gäbe, müsste man es erfinden“, nahm später eine wesentlich kritischere Haltung ein. In seinem politischen Vermächtnis formulierte er: „Ich lasse nun leider auch selbst die Hoffnung auf eine dauernde Erhaltung des österreichischen Staates fahren; nicht als ob dieselbe nicht wünschenswert oder an und für sich unmöglich wäre, sondern deshalb, weil den Deutschen und Magyaren gestattet wurde, sich der Herrschaft zu bemächtigen und in der Monarchie einen einseitigen Racendespotismus zu begründen, welcher in einem vielsprachigen und konstitutionellen Staate als politischer Nonsens keinen langen Bestand haben kann; die Deutschen

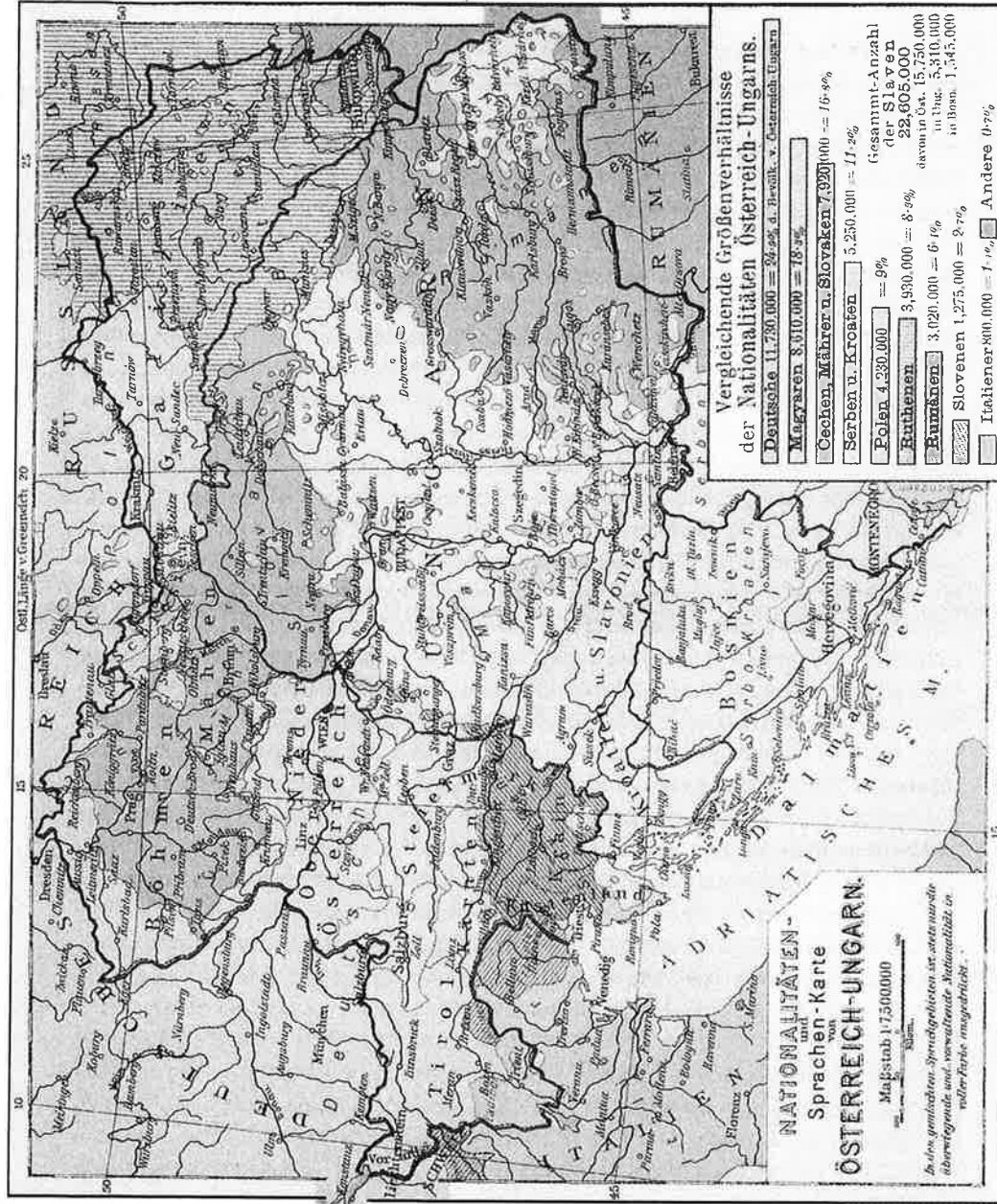
und Magyaren aber wollen kein anderes Österreich, es sei denn eine solche Despotie. Durch die Schuld dieser beiden Stämme, welche das Reich schon geradezu zu zerreißen bestrebt sind, ist es auf der schiefen Ebene, welche zum Abgrund führt, bereits zu weit gegangen.“ Palacký gab einen optimistischen Ausblick, voll des Vertrauens in die Kraft seines Volkes, und schloss mit einer selten zitierten Aussage, die seinen oft erwähnten Ausspruch von 1848 stark relativiert: „Wir waren vor Österreich, wir werden nach Österreich sein.“

Die Abstinenzpolitik führte immerhin 1871 zu einem sichtbaren Erfolg. Der Kaiser änderte den Kurs seiner Regierung, die Liberalen verloren die Macht, und die konservative Regierung Hohenwart-Schäffle versuchte, mit den „Fundamentalartikeln“ eine Art Ausgleich mit Böhmen zu verwirklichen. Die Reaktion auf dieses Experiment legte die politischen Parteien der Monarchie weitgehend auf Positionen fest, von denen sie bis zum Ende des Reiches nicht mehr loskamen. Die Liberalen – und in ihrer Nachfolge dann die Deutschnationalen – sahen in diesem mit Hilfe des Kaisers beinahe zustande gekommenen Ausgleich der Spannungen mit den Tschechen die Katastrophe schlechthin, das Ende all ihrer Bemühungen um deutsche Vorherrschaft. Die Tschechen andererseits reagierten aus ihrer enttäuschten Hoffnung mit einem grundsätzlichen Boykott gegen den Staat und dehnten ihre Abstinenzpolitik auch auf den Landtag aus.

Als innere Opposition gegen die auch von vielen alttschechischen Politikern als verfehlt angesehene „Trotz“-Politik bildete sich eine neue Partei, die jungtschechische Bewegung, der es gelang, die tschechischen Abgeordneten nach dem Sturz der Liberalen wieder zur Anwesenheit im Reichsrat zu bewegen und damit die Möglichkeit einer parlamentarischen Beteiligung am politischen Leben zu nützen. Die tschechische Frage wurde immer komplizierter, ein „Ausgleich“ immer unwahrscheinlicher. Je sturer und kompromissloser die Deutschen sich verhielten, umso mehr sah man auf Seiten der Tschechen keine Lösung mehr innerhalb der Monarchie, sondern strebte eine eigene staatliche Entwicklung an, wie sie sich vor allem im Gedankengut Thomáš G. Masaryks, des Gründers der Tschechoslowakischen Republik, äußerte.

Statistik der Nationalitäten (1910)

Cisleithanische Reichshälfte:		Ungarische Reichshälfte:	
Deutsche	35,6 %	Magyaren	48,1 %
Tschechen	23,0 %	Deutsche	9,8 %
Polen	17,8 %	Slowaken	9,4 %
Ruthenen	12,6 %	Rumänen	14,1 %
Slowenen	2,7 %	Kroaten	8,8 %
Rumänen	1,0 %	Serben	5,3 %



Parallel zu dieser partei- und staatspolitischen Entwicklung kam es zu einem fortschreitenden Ausbau des tschechischen Nationalismus in anderen Bereichen. Schulen und lokale Kulturereignisse wurden durch die „Matice Školská“ gefördert, eine Reihe von Organisationen versuchte recht erfolgreich, ein nationales Wirtschaftsleben aufzubauen, so z. B. die 1868 gegründete „Živnostenská Banka“. Der nationale Konflikt machte sich auf allen Ebenen bemerkbar. Lokale Vereine wie die „Sokol-Turnverbände“ auf der einen und der „Böhmerwaldbund“ oder der „Deutsche Schulverein“ auf der anderen Seite standen sich immer unversöhnlicher gegenüber.

Im Gegensatz zu den Tschechen, deren Hauptkontrahenten die Deutschen der westlichen Reichshälfte waren, standen die Slowaken unter der Dominanz der Ungarn. Ihr Nationalismus entwickelte sich parallel zu dem der Tschechen, mit denen sie schließlich 1918 ein Bündnis eingingen, das zur Gründung der Tschechoslowakei führte.

Neben der Auseinandersetzung mit den Tschechen und dem böhmischen Staatsrecht war die südslawische Frage das zweite große Problem des Vielvölkerstaates. Nach dem sogenannten Illyrismus des Ljudevit Gaj im Vormärz entwickelte sich die Idee einer Vereinigung der Slowenen, Kroaten und Serben in einem Staat zum dominierenden Gedanken der sogenannten südslawischen Bewegung, des Jugoslawismus. Grundsätzlich gab es zwei unterschiedliche Möglichkeiten für seine Verwirklichung: eine Autonomie (Trialismus) innerhalb der Habsburgermonarchie oder einen Zusammenschluss mit dem unabhängigen Königreich Serbien unter der dort regierenden nationalen Dynastie.

Selbstverständlich war die Lage der einzelnen Nationen innerhalb des südslawischen Bereiches sehr unterschiedlich. Der sogenannte Austro-Slawismus der Slowenen hatte das Ziel, ein großes slowenisches Kronland zu schaffen, wozu es notwendig geworden wäre, verschiedene Kronländer, wie etwa die Steiermark oder Kärnten, zu teilen, dazu wären die Kronländer Krain, Görz, Istrien und Triest gekommen. Hauptstadt dieses Territoriums hätte Laibach/Ljubljana sein sollen, das auch eine slowenische Universität erhalten hätte.

Die Ausgangsposition der Slowenen war nicht vorteilhaft, weil die gesellschaftliche Entwicklung wenig fortgeschritten war; es gab keinen slowenischen Adel, kein starkes Bürgertum und nur eine kleine Intelligenzschicht – letztlich waren die Slowenen hauptsächlich ein Bauernvolk. Doch kam es – vergleichbar den anderen Nationalitäten, z. B. den Tschechen – im Zuge der 1880er-Jahre zu einem großen nationalen Aufschwung. Seit 1882 hatten die Slowenen in der Stadtregierung von Laibach/Ljubljana die Majorität und seit 1883 auch im Landtag Krains. Alle Abgeordneten der Slowenen gehörten der klerikalen Volkspartei an, die bis 1918 die stärkste Partei blieb. In den 1880er-Jahren entstand ihnen in der jungslowenischen Partei, die liberale Ziele vertrat, Konkurrenz. Während die katholischen Kroaten relativ loyal zur Habsburgermonarchie hielten, hatten die orthodoxen

Serben seit der Gründung des unabhängigen serbischen Königiums am Berliner Kongress 1878 ein außerhalb der Monarchie gelegenes Identifikationsmodell vor sich. Die Spannungen verstärkten sich zunehmend und führten mit hinein in die Krise am Beginn des Ersten Weltkrieges.

In manchem ähnlich war die Lage der Italiener, die ebenfalls einen außerhalb der Habsburgermonarchie gelegenen Staat hatten, mit dem sie sich identifizieren konnten. Nach der Abtretung der Lombardei und einige Jahre später Venetiens verblieben trotzdem zwei italienischsprachige Gebiete bei der Monarchie. Sie wurden das Ziel der Irredentabewegung, die die „Unerlösten“ in „Trento e Trieste“ – das Schlagwort der Irredenta – aus dem „Joch des Völkerkerkers“ befreien wollten. In Dalmatien, dessen Bevölkerung hauptsächlich kroatisch war, besaßen die Italiener hingegen großen Einfluss, da sie die Bourgeoisie bildeten und die Mehrheit im Landtag hatten.

Erst relativ spät war die Nationalität der Polen in den Herrschaftsbereich der Habsburger gelangt. Mit der Teilung Polens 1772 hatte Maria Theresia das Königreich Galizien und Lodomerien usurpiert, das im Wesentlichen von Polen und Ruthenen, das heißt Ukrainern, bewohnt war. In diesem Kronland bildeten die Polen, die einen ausgeprägten Adel und ein überaus bescheidenes Bürgertum besaßen, die herrschende Schicht gegenüber den sozial weniger entwickelten, rein bäuerlichen Ukrainern (in der Monarchie Ruthenen genannt), die von ihnen unterdrückt wurden. Während sie also selbst eine Nationalität niederhielten, wehrten sie sich vehement gegen die Unterdrückung von Wien aus.

Gerade dieses Beispiel scheint typisch für die Komplexität des Nationalitätenproblems der Monarchie, das nicht auf die oft gebrauchte einfache Formel „Die Deutschen und die Ungarn unterdrückten die slawischen Nationalitäten“ zu reduzieren ist. Auf den verschiedenen Ebenen gab es unterschiedliche Formen von Benachteiligung und Unterdrückung – jeder war jedes Feind, keine der Nationalitäten gönnte der anderen irgendeinen, wenn auch noch so geringen Vorteil.

Im Gegensatz zu den Tschechen beteiligten sich die Polen von vornherein sehr intensiv an der Regierung und am parlamentarischen System Cisleithaniens. Immer wieder waren Polen in führenden Positionen zu finden, wie etwa Agenor Goluchowski als Staatsminister 1859 oder Kasimir Badeni als Ministerpräsident 1895 bis 1897. Daneben gab es in allen Kabinetten einen sogenannten galizischen Landesminister, der die Angelegenheiten seines Kronlandes im Rahmen der Regierung zu vertreten hatte.

Es ist daher nicht überraschend, dass die Polen für Galizien und Lodomerien, im Gegensatz zu den Tschechen für Böhmen, so etwas wie einen Ausgleich erreichten, der dem Königtum Galizien und Lodomerien einen autonomen Sonderstatus zusprach. Die Polen, die keine „Abstinenzpolitik“ betrieben, arbeiteten mit den Zentralregierungen zusammen, die ihnen dafür in Galizien freie Hand ließen. Der Gewinn der Polen war somit die Durchsetzung im Kronland Galizien – die Ruthenen,

zahlenmäßig etwa gleich stark wie die Polen, erreichten nie mehr als 15 Prozent der Abgeordnetensitze. Die polnischen Reichsratsabgeordneten aus Galizien machten, im Gegensatz zu dem differenzierten Bild, das die Parteien im Lande selbst boten, einen ausgesprochen einheitlichen Eindruck. Politisches Ziel der Polen war die Wiederherstellung eines unabhängigen und vereinten Polen.

Die wachsenden nationalen Spannungen in den letzten Jahrzehnten der Habsburgermonarchie beeinflussten viele Bereiche des Lebens und verursachten eine Reihe von staatlichen Krisen, von denen noch die Rede sein wird. Die sich verstärkende Unversöhnlichkeit der verschiedenen Nationen, die zunehmend die Lösung ihrer nationalen Probleme außerhalb der staatlichen Ordnung der Donaumonarchie sahen, wies auf den Zerfall der Monarchie in „nationale“ Einzelstaaten voraus. Die Monarchie zerbrach nicht so sehr an den äußeren Ereignissen des Ersten Weltkrieges als an den inneren nationalen und sozialen Konflikten. Die Auflösung der Monarchie beseitigte allerdings die nationalen Probleme keineswegs, denn die Nachfolgestaaten der Monarchie waren ebenfalls kleine multinationale Gebilde. Letztlich sind viele der nationalen Spannungen auch heute – mehr als 100 Jahre danach – noch virulent und bestimmen den politischen Alltag Ostmitteleuropas.